

Volksrecht

Tageszeitung

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptheftstelle
Dara 42-44,
Zweigheftstelle: Buch-
handlung: Dr. Richter, 27
Herrn 40/5, Postfach
konto 11022 Erzur. Be-
zugspreis: monatl. 30 M.,
monatlich 120 M. u. 10 M.,
Jahresabonnement: Durch-
die Post bringen monatlich
180 M. Einzelheft im
Anzahlteil 6 M., pro
Mikrometer u. Spalte; des-
gleichen als Reklame im
: Zeitl. 17,50 M. :

Geschäftsleitung: Das 42-44
Herrn 40/5
Das „Volksrecht“ erscheint
mit Ausnahme der Feiertage
und Feiertage mit dem
höchsten Anzeigenpreis
wie bei den Zeitungen
des Landes. Die Anzeigen-
preise sind in der Beilage
ausdrücklich angegeben.
Anzeigenpreise sind in der
Beilage angegeben.
Spenden: Der Redaktion
sonntags von 12 bis 1 Uhr

Das drohende Gespenst.

Bermehrte Gefahr der Arbeitslosigkeit. Der Fall Stinnes.

Dollar 2775.

Ein Hund Weizenmehl 80 Mark im Großhandel. — Aufschwung der Welt als Zahlungsmittel im Auslandsdreier. — Die Goldmilliarde der Reichsbank. — Die notwendige Schaffung eines wertebefähigen Anlagepapiers.

Heute vormittag 10 Uhr wurde der Dollar in Neu-
York 2775 bei abgeschwächter Tendenz notiert. Diese
leichte Senkung ist im Gesamtstadium der Wertent-
wertung natürlich bedeutungslos.

Der Wert der Welt ist derzeit zusammengeschrumpft, daß man
von ihr als Zahlungsmittel im Auslandsdreier kaum
mehr reden kann. Das Katastrophale dieser Entwertung ist,
daß sie herabdrückt auf einer Zeit, wo Deutschland von Ver-
gäbungen nach außen hin frei war und infolge dessen
damit rechnen konnte, einen einigermaßen stabilen Markt zu
besitzen. Statt dessen liegt der Dollar innerhalb von 14 Tagen
um mehr als hundert Prozent. Der Wert der Welt im Ausland
ist also in dieser kurzen Zeit auf weniger als die Hälfte zurück-
gegangen. Die Lage für die breite Masse des deutschen Volkes wird
dadurch geradezu verheerend. Die hohen Devisenlücke
sicheln sich fast automatisch in eine Steigerung der gesam-
ten Warenpreise um. Das Hund Weizenmehl ist im getriggen
Freiverkehr der Berliner Börse bereits 80 M. im Großhandel, der
Preis für ein Hund Weizenmehl liegt auf rund 80 M. Fast noch
höher ist die Wirkung auf die ausländischen Zahlungsmittel
und auf solche Waren, die ausschließlich aus ausländischen Roh-
stoffen hergestellt werden. So sind am Markt der Spezialitäten
jungfräuliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Niemals kann der
Arbeitslohn mit einer solchen katastrophalen Entwicklung Schritt
halten, und es ist kein Wunder, daß unmittelbar im Anschluß an
diese Devisenwertungen ganz im Gegensatz zu früheren Perioden
der Geldentwertung Entlohnungen im Maß für industrielle Produkte
aus verschiedenen Gebieten des Reiches gemeldet werden. Die Kauf-
kraft der breiten Massen erlahmt zusehends. Es besteht also die
Gefahr, daß über kurz oder lang an der allgemeinen katastrophalen
Zerung eine Arbeitslosigkeit über Deutschland herabdrückt. Diese
Gefahr wird größer mit jedem Tage, an dem Devisenlücke der
Industrie und des Handels immer mehr fremde Zahlungsmittel
nach Deutschland hineinbringen, an dem die Welt im Warenverkehr
des Großhandels mehr und mehr ausgeschaltet wird. Wird doch
so die Welt als Zahlungsmittel immer wertloser, nachdem in der
Industrie niemand mehr Erzeugnisse und Waren der zusammen-
fassenden deutschen Währung anerkennen will und nachdem auf
weiten Gebieten infolge der Geldentwertung der Wertpreis die
Welt als Wertmesser bereits abgeschafft hat.

Abhilfe ist dringend not. Nach verläßt Deutschland
über Fernreisen, insbesondere über die Goldmilliarde der
Reichsbank. Das Ausland wird es ebenbürtig wie das In-

land verließen können, wenn man jetzt nicht energisch was über-
geht, mit den letzten Reserven, die uns geblieben sind, eine Wä-
rungspolitik zu betreiben, die den Kurs der Welt zu stützen
vermag ist. Es besteht die Gefahr, daß am Ende dieses eranteten
und durch keinerlei Reparationsleistungen bedingten Marktes die
Entente in Verfall auf den Geboten kommt, eine rückwärts-
sitzige Finanz- und Wirtschaftskontrolle über Deutschland zu verhängen.
Dem muß mit letzter Kraft entgegengetreten werden, und zwar da-
durch, daß wir uns selbst zu einer Stützungsaktion für die
Welt ansetzen und so der Welt zeigen, daß Deutschland noch
freibewillig für eine langfristige Zahlungs-
anleihe ist, wenn es auch die erdrückenden Reparationsleistungen
nicht tragen kann. Voraussetzung dafür ist die Schaffung
eines wertebefähigen Anlagepapiers, es kann in Form
von Goldschuldscheinen. Hat man diese, so kann man den
volkswirtschaftlich überflüssigen Verkehr zu fremden Zahlungs-
mitteln, die Devisenflutungen, die Devisenämter und die Be-
haltung im inländischen Warenverkehr mit fremden Devisen durch
zurende Verbote und Kontrollmaßnahmen unterbinden. Aber
auch dieser Ausweg kann nur helfen, wenn er schnell befristet
wird und die Wahrung der in vielen Vorberichtigungen bereits er-
zognenen Maßnahmen endlich zur Durchführung verhilft.

Höchste Zeit!

Der mit einem wertebefähigen Anlagepapier!

Das Fortwähren unserer Partei nimmt zu dem Verfall der
Welt folgende Stellung:

Die letzten Tage haben den Dollar überhöht in die Höhe ge-
trieben. Eine Milliarde Gold liegt untätig in den Kassen der
Reichsbank und trägt nicht zur Stützung der Währung bei. Das
ist ein unhaltbarer Zustand. Die Regierung muß die letzte
Energie darauf verwenden, um den Kurs der Welt endlich aus-
zuhalten. Sie darf dabei auch nicht vor dem letzten Urteil
von Wählern zurückweichen, deren Denken und Fühlen in Idealen
der Vorkriegszeit befangen ist und die mit dem Goldspiel eine nutz-
lose Kleinigkeit treiben. Es ist unbedingt erforderlich, daß dem
Sinnen der Welt endlich ein Ziel gesetzt wird. Man schaffe ein
wertebefähiges Anlagepapier, etwa Goldschuldscheine,
perpetuelle oder rückzahlbare, deren Wert sich an dem
Goldpreis, das die vorhandenen Devisen mit wirklich dem
dringenden volkswirtschaftlichen Bedarf zugute kommen und be-
sonnig rückwärts die Zahlung im Inlande mit ausländischer
Währung. Wohl können auch diese Mittel nicht den sicheren Er-
folg versprechen, die Welt einzuziehen wieder in die Höhe zu
bringen. Aber sie würden das willkürliche Spiel mit der
Kaufkraft des Volkes endlich einschränken und der Welt zeigen,
daß das deutsche Volk nicht gesonnen ist, dem Treiben der Spekula-
tion seine Arbeitskraft und sein Recht auf Leben zu opfern. Und
darauf kommt es an. Aber es ist höchste Zeit!

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Streikfächer vom demokratischen Parteien in Elberfeld. — Starke
Opposition gegen die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft von Breiten
in Elberfeld.

Elberfeld, 10. Oktober. (Eig. Drahtbericht)
Die Wogen gehen heute, da die Arbeitsgemeinschaft auf
Debatte steht, sehr hoch. Die Lage wird durch folgenden Heinen
zwischenfall gekennzeichnet: Als der Vorsitzende Senator
Breiten in seiner Verteidigung der Erfüllungspolitik
benutzte, daß die Deutsche Volkspartei gelegentlich wieder einmal
von dem Bankrott der Erfüllungspolitik spräche, erlörnte prompt
aus dem Reihen des Parteiorgans der Jurist, „Daher der Name
Arbeitsgemeinschaft“. Vorhand und Ausschuss haben dem Parteiorg
folgende

Resolution

vorgelegt:
„Der Parteitag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie
dazu beitragen, alle auf dem Boden der Republik lebenden Kräfte
zur gemeinsamen Arbeit aufzufassen und die notwendigen
Wohlfahrtsmaßnahmen zu ihren Heilen herbeizuführen
an, daß die Arbeitsgemeinschaft die Selbständigkeit der Parteien
und die Aufrechterhaltung ihrer Grundzüge nicht beeinträchtigen
wird.“

Die Opposition hat gestern unter Führung von Fahren
und Kreuz gelonbert getagt und hat zu dem offiziellen Antrag
folgende

Erklärung

vorgelegt:
„... und setzt voraus, daß sie nicht als Anbahnung einer
Schiedung zwischen bürgerlichen und revolutionären Sozialistischen
Parteien wirken. Der Parteitag setzt gleichfalls voraus, daß die
Parteien der Arbeitsgemeinschaft in ihren Heilen keine Spaltung
gegen die Politik der Republik haben.“

Die Diskussion über die innere Politik befruchtete sich auf
die Frage der Arbeitsgemeinschaft. Es kamen nur zwei Redner
an Wort, der oberrheinische Ministerpräsident Fahren und der
Reichsminister Haas-Straube. Fahren hat die Opposition
Lohnführer, man kapituliert mit fliegenden Fahnen. Gegen
20 Stimmen wurde eine Resolution Haas angenommen, wonach die
Ausführungen Breiten mit Genehmigung entgegengenommen und
gebilligt werden. Die Delegation entsand sich der Abstimmung
bunterer nach der Abg. Erlerns. Nach einem Vertrage Rel-

nath wurde eine Entschliessung angenommen, in der u. a. die
Reform der deutschen Wirtschaft gefordert wird. Mehrere Resolu-
tionen richten sich gegen den Freiwirtschaft.

Eine Huldigung für den Reichspräsidenten.

Nach Abschluß der Debatte nahm der Vorsitzende, Senator
Breiten, das Wort und sprach dem Reichspräsidenten den Dank
der Reichsbürgerschaft für seine ausgezeichnete Führung
der Reichsbank aus. Er gab der Zustimmung Ausdruck, daß er mit
großer Mehrheit wieder zum Reichspräsidenten gewählt werde.
Die Ausführungen riefen einen spontanen Beifall hervor,
der minutenlang andauerte und sich des öfteren wiederholte.

Mit dieser Huldigung ist die getrieben und uns angebotene Frage,
wie sich die Demokraten einem bürgerlichen Sammelanbalt
gegenüber verhalten würden, erledigt. Die Demokraten werden für
Übertreten an der gleichen Haltung des Zentrum ist kaum
zu zweifeln. Das bedeutet, daß der jetzige Reichspräsident am
1. Dezember mit großer Mehrheit wiedergewählt werden wird. Die
Reichspräsidenten mögen sich nun mit ihrem Illusionen klar
herovermachen. Sie werden allezeit bestehen, es sei denn, daß die
Kommissionen Herrn Fahren als Präsidenten.

Der junge Offizier und der junge Mann.

Eine Frage des Genossen Kell an den Reichswehrminister.
Bei der Reichswehr ist es üblich, daß die Offiziere ihr volles
Monatsgehalt im voraus erhalten, während unverbetete
Unteroffiziere und Mannschaften unter 20 Jahren ihre
Bezüge nur jeweils für einen halben oder einen Drittelmonat im
voraus beziehen. Der Grund dafür ist, daß angeblich die jungen
Unteroffiziere und Mannschaften — im Gegensatz zu den jungen
Offizieren — nicht haushalten können. Für die Unteroffiziere
und Mannschaften hat das die Folge, daß sie infolge der
schlechten Gehaltszahlung erhebliche Einbußen erleiden. Genoss
Kell hat dem Reichswehrminister deshalb die Frage
vorgelegt, ob bereit ist anzuordnen, daß allen Berufssoldaten der
Reichswehr ohne Unterschied des Alters und der Charge am Ersten
jedes Monats ihr monatliches Bezüge im voraus ausbezahlt werden.
Kell in die gleiche Heinde vorliegen, sollen einmal
men, nur im Benehmen mit dem Truppenvertrauens-
mann zugelassen werden.

Der Fall Stinnes.

Von Rudolf Preußner.

Hugo Stinnes war einer der schärfsten Gegner des Wiesbadener
Sachverständigenabkommens. Ob aus laudlicher Überzeugung oder
aus Neugier gegen Rathenau, mag dahingestellt bleiben: Jeden-
falls ließ er den Vertrag in seiner Presse bekämpfen, und persönlich
ging er ihm im Ausdruckspruch, des Reichstags mit den
schärfsten Attacken zu Leibe. Wenn ich mich nicht sehr täusche, war
es bei den Beratungen über diesen Gegenstand, daß aus seinem
Munde das Wort fiel: die Herren Wirth und Rathenau hätten im
Ausland und Inland jeden Kredit eingekauft.
Die Zeiten wandeln sich. Hugo Stinnes hat mit dem Marquis
de Zuberair auf Grund der durch die Umänderungen mit Demel-
mans und Gilleit ergangenen Wiesbadener Punktationen einen Liefer-
ungsvertrag abgeschlossen. Ob der den allgemeinen Interessen
entspricht, läßt sich nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beant-
worten; doch er beneht des Herrn Stinnes gerecht wird, ist nicht zu
bezweifeln. Das Schriftstück beginnt mit einer Kränzel, die be-
nahe ebenso gut in einem Friedensvertrag zwischen zwei Staaten
stehen könnte, und der Inhalt verdient die Anwendung dieser feier-
lichen Formeln. Er gerührt dem deutschen Großunternehmer eine
Art von Monopolstellung gegenüber dem Verband der französischen
Wiederaufbauindustriellen; offenbar hat sich Herr Stinnes so
günstig auf den Boden der früher besprochenen Abkommen gestellt,
daß dieser Boden für Konkurrenten keinen Platz mehr bietet. Eine
ganz bühliche Adee: man macht eine Sache den anderen möglich, um
die Möglichkeit zu erhalten, sie für sich allein auszuführen.

Jedenfalls hat der gezeigte Interessiertheits die Verhandlung
mit Frankreich, von der jetzt so viel die Rede ist, zunächst einmal
privatim präferiert, und jetzt wird auch begrifflich, warum in den
früheren Tagen der Lombard und Pariser Konferenzen die
„Deutsche Allgemeine Zeitung“ bei allem Loben gegen die Politik
Rathenaus doch immer wieder Andeutungen über die Notwendigkeit
des „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ ausog.

So geht es eben bei der ausschaltenen Kapitalistischen Presse:
der gute, brave Leser glaubt, es werde Politik gemacht; in Wirklich-
keit handelt es sich um Geschäfte. Wenn Herr Stinnes sich für
Ausland, das heißt für die russische Odelette, für die russische
Kaufkraft und für das russische Dolla interessiert, dann erndet
die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die früher verhandelte
Sachverteilung doch auch ihre guten Seiten habe, daß sie mit
Eifer und Geschick das Wirtschaftslieben ihres Landes aufkaufe, und
daß man sich auch mit ihr arrangieren könne. Wendet der hohe
Herr, vielleicht da ihm der Osten doch nicht das bietet, was er er-
wartet hat, sein Anliegen Westen, weil ihm der Wiederaufbau der
zerstörten Gebiete Gewinn verspricht, und weil, nachdem der
Schrot, den die Forderung des deutschen Kriegsmaterials geliefert
hat, aufgebraucht ist, seine Nachbarn nach dem Wiedereinhalten
hungern, die der Krieg in Nordfrankreich zurückgelassen hat, dann
wandelt sich der ergrimme Franzosenhaß seiner Presse leise und
langsam in der Erkenntnis, daß eine gewisse Verständigung mit
dem „Erstfeld“ doch auch im Bereich des Möglichen liegt.

Man hat Stinnes und die Industrie wollten den Einbruch nicht
auffommen lassen, als hätten sie durch den bekannten, den Ver-
treter der Reparationskommission in Berlin kommenden Vorfall
einer Garantieierung der Kohlenlieferungen durch Privatverträge mit
der Industrie dem Kohlenmarkt Wirth bespringen wollen. Nichtig sei
gewesen, den Staat zu retten und nicht die gegenwärtige Regierung.
Diese Argumentation ist für die ganz Dummen berechnet. Denn
erstens weiß alle Welt, daß für Stinnes nichts für das
Kabinett Wirth tun; zweitens ist jener Vorfall von einer Re-
gierungsstelle ausgegangen, und man hat erst nachträglich die
Meinung des Herrn Stinnes eingeholt; drittens hat dieser seine
Zustimmung gegeben, nicht weil er an die Rettung des Staats
denke, sondern weil er seine Berechnung über die ihm gerade an-
gefallene des Vertrags mit dem Marquis de Zuberair wenig löstete,
für ein Mittel hielt, einige Einbrüche auf dem Wege zu einer Ver-
söhnung des Währungsstandes heranzuführen.

Der wirkliche Grund für das Mißvergnügen des Genossen ist
wohl anderes zu suchen. Man erinnere sich, daß die „Deutsche
Allgemeine Zeitung“ eine Zeitung ihre Wirtel mit der Befestigung
schloß, daß der Vollen des Außenministers noch immer unbesetzt sei.
Gelegentlich las man auch, daß für dieses Amt ein Radmann ge-
funden werden muß. Radmann heißt aber bekanntlich ein Name,
der der Großindustrie nahesteht, und es ist kaum ein Geheim-
nis, daß dem Reichsminister in den letzten Wochen eine ganze Reihe
Söldner für den freien Wollen bodenallfährter Persönlichkeiten
präsentierten — und von ihm abgelehnt werden. Einmal
hat Stinnes in diesem Moment förmlich über auf den Außen-
minister legt, ist begrifflich. Er braucht eine Regierung, die nicht
in seine Angelegenheiten hineinragt und seine private Verhältnis-
ungspolitik nicht mehr stört, sondern fördert. Seine
Wünsche Genossen sich dabei mit denen der Deutschen Volkspartei,
die sich neuerdings wieder mit benehendem Eifer den Weg zum
Kabinett frei zu machen sucht. Daß sie einstimmen nicht befreitigt

